



Ulm, den 14.2.37

Christian Binzinger
Ratsherr

Der Oberbürgermeister Ulm/D.
15. FEB. 1937
Tegh. Nr.

An den
Herrn Oberbürgermeister der Stadt Ulm

U l m a.D.

betr.: Konfessionalistische Sommersprossen
im Gesicht der natsoz.Hochburg Ulm.

Aus verschiedenen Kreisen der Ulmer Bevölkerung erhalten wir immer erneut Zuschriften, welche verschiedene Einrichtungen einer Kritik unterziehen, die ich Ihnen zur Kenntnis bringen will.

1. Warum wird in dem kirchlichen Gebäude Grünhofgasse 2 mit Unterstützung der evang. Kirchengemeinde durch den „Deutsch-Evangelischen Frauenbund“ bzw. das „Ev. Frauenwerk“ immer noch eine Nähsschule aufrecht erhalten? In anderen Städten hat solch konfessionelles Nähen längst aufgehört.

2. Ist es nötig, dass die Jugendgerichtshilfe weiterhin in den Händen des evangelischen Jugendpfarrers bleibt, und dass das städt. Jugendamt jeden Jugendgerichtsfall sofort dem evang. oder katholischen Jugendpfarrer zur vollständigen Behandlung zuleitet?

Nach nationalsozialistischen Begriffen gehören die Erzieher zu Rate gezogen und nicht Geistliche, denn die Praxis hat gezeigt, wie diese Herren selten einen Fall in nationalsozialistischem Geiste behandelt haben.

Es wäre gut, wenn hier auch die HJ und NSV zur Mitarbeit herangezogen würde.

3. Ist es nötig, dass das städt. Jugendamt sich desinteressiert erklärt, wenn die Gelegenheit günstig ist, das evang. Fröbelseminar, das seit Jahren ein klägliches Dasein führt und nur mit Tausenden von Reichsmark Zuschuss seitens der Ulmer Evgl. Kirchengemeinde und dem Evang. Oberkirchenrat existieren kann, als nationalsozialistische Ausbildungsstätte zu übernehmen?

Was könnte ein NS-Kindergärtnerinnen-Seminar für die Stadt Ulm bedeuten, das von Schülerinnen aus ganz Süddeutschland besucht werden könnte. Nun hat die Evang. Kirchengemeinde, die gern diesen Zuschussbetrieb aufgegeben hätte, sich wieder eine neue tatkräftige Leitung beschafft. Die Aussichten für ein NS-Kindergärtnerinnen-Seminar aber wären weiterhin günstig.

4. Noch nach dem Jahr 1933 wurde die Errichtung konfessioneller Kindergärten von Seiten der Stadtverwaltung begünstigt. Noch ist in Ulm kein NS-Kindergarten, während konfessionelle Kindergärten sich m. Wissens zum Teil in städtischen Gebäuden befinden (z.B. Olgastrasse 29) und mit städtischen Gel-

dem unterstützt werden. Viele Nationalsozialisten, die ihre Kinder gern in den Kindergarten schicken würden, sehen sich unter den gegebenen Verhältnissen dazu ausserstande. Andere Städte handeln anders.

L3

5. Ist es nötig, dass der Vorstand der Krippe E.V., die in einem Gebäude der Hospitalstiftung sich befindet, und die wohl ganz wesentlich von städt. Geldern lebt, ein evang. Pfarrer ist, der die Ausfüllung der nationalsozialistischen Hausliste verweigert und bei der Eintopfammlung sich nicht sonderlich hervor-
tat, zumal Kinder aller Konfessionen in der Krippe sich befinden. Hier wäre auch die beste Möglichkeit zum Einsatz von NS-Schwester.

q-L4

6. Sind die finanziellen Leistungen der Kirche oder kirchlichen Kreise am Neubau und zum Betrieb der Karl Olga-Heilanstalt EV. etwa so bedeutend, dass der Vorstand und sein Stellvertreter notwendig evang. Geistliche sein müssen? Der ganze Ausschuss setzt sich ohnehin fast ausschließlich aus kirchlich gebundenen Personen zusammen.

Die oben angeführten Fragen treten immer wieder an uns heran und ich bitte den Herrn Oberbürgermeister diesem Konfessionalismus überall da, wo die Stadt, sei es im Gebäude selbst, oder durch Zuschüsse etwas zu sagen hat, diesen Herrn einen Riegel vorzuschieben und Einhalt zu gebieten.

Heil Hitler !

Handwritten signature

Ratsherr.

H. Stadtrat Linde

zur Behandlung

17.2.37

Führer

Stadtrat

ab 15.6.1937

Stadtrat

- 1) Stadtrat - am 1. 1. 37
- 2) mögl. in Stadtrat - am 1. 1. 37
- 3) Stadtrat - am 1. 1. 37

Heil Hitler

Stadtrat

Sekretariat des Oberbürgermeisters

15.7.37

Handwritten notes and signatures

t. 2. 4

**Schreiben von Ratsherr Christian Binzinger an den Oberbürgermeister
vom 14.2.1937 betr. konfessionelle Kindergärten (StadtA Ulm, B 370/0 Nr. 1)**

Handschriftliche Anweisungen:

H[errn] Stadtrat Schwäble zur Behandlung. 17.2.37 Foerster

Am 11.6.37 erhaltene Schreiben hatte Herr Stadtrat Schwäble [unter Verschuß?]
[Unterschrift]

1) Antwort [?]

Zur gef[älligen]Stellungnahme

1) Schulamt - wegen Z[iffer] 1,

2) Wohlf[ahrts] u[nd] Jugendamt - wegen Z[iffer] 2-5,

3) Krankenhausverwaltung - wegen Z[iffer] 6

Ulm, 11.6.37

0 Beil[agen]

Sekretariat des Oberbürgermeisters [Unterschrift]

2) W[ieder]v[orlage] 15.7.37

[Bleistift]: Vorlage an den neuen Beigeordneten [?] 1. II 1938